



Datum 22. Oktober 2015  
Reg.Nr. 16.05.07  
Abteilung Parlamentssekretariat  
Person Doris Fischli  
Funktion Parlamentssekretärin  
E-Mail doris.fischli@glarus-nord.ch  
Direkt 058 611 70 41

## **Protokoll 11. Sitzung Gemeindeparlament Glarus Nord vom 22. Oktober 2015 17.30 – 19.53 Uhr im Jakobsblick Niederurnen**

**Vorsitz** Parlamentspräsidentin Margrit Neeracher  
Gemeindeschreiberin Andrea Antoniotti

**Protokoll** Parlamentssekretärin Doris Fischli

### **Begrüssung**

Parlamentspräsidentin Margrit Neeracher begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlamentes und des Gemeinderates, die Pressevertreter sowie die Gäste zur 11. Parlamentssitzung der Gemeinde Glarus Nord. Speziell begrüsst wird Jakob Albrecht, Bereichsleiter Finanzen.

Zur heutigen Sitzung wurde ordnungsgemäss eingeladen. Die Zustellung von Einladung, Traktanden und Unterlagen an die Parlamentsmitglieder ist fristgerecht erfolgt. Im Weiteren wurde die heutige Sitzung im Amtsblatt des Kantons Glarus sowie im Glarus Nord Anzeiger publiziert. Als Unterstützung für die Protokollierung wird eine Tonbandaufnahme erstellt.

Die 11. Parlamentssitzung Glarus Nord ist somit eröffnet.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Mitglieder des Parlamentes entschuldigt:

- Patrik Noser, Oberurnen, CVP
- Madlaina Brugger, Oberurnen, Grüne
- Elisabeth Schnyder, Bilten, SVP
- Peter Müller, Näfels, GLP
- Alfred Hefti, Mollis, SVP
- Martin Landolt, Näfels, SVP
- Christian Beglinger, Mollis, GLP
- Cornelia Schmid, Bilten, FDP
- Andreas Hefti, Oberurnen, SVP
  
- Christoph Zürrer, Mollis, SP, trifft verspätet ein, bis zu seiner Ankunft vertritt ihn Katia Weibel, Näfels, SP, als Stimmzählerin.

Vom Gemeinderat hat sich Ruedi Schwitter entschuldigt.

**Anwesenheitskontrolle**

Anrede	Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	Partei	abwesend
Herr	Daniel	Bär	Bahnhofstrasse 6	8868	Oberurnen	SVP	
Frau	Daniela	Baumann	Brühlstrasse 3	8865	Bilten	CVP	
Herr	Christian	Beglinger	Kännelstrasse 28	8753	Mollis	GLP	X
Frau	Marianne	Blumer	Mättlistrasse 28	8867	Niederurnen	SP	
Frau	Madlaina	Brugger	Im Grütli 73	8868	Oberurnen	Grüne	X
Herr	Fridolin	Dürst	Burg 18	8758	Obstalden	FDP	
Herr	Max	Eberle	Ennetgiessen 10	8752	Näfels	BDP	
Herr	Peter	Gallati	Am Linthli 28	8752	Näfels	FDP	
Herr	Adrian	Hager	Rautiweg 5	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Alfred	Hefti	Müligaden 1	8753	Mollis	SVP	X
Herr	Andreas	Hefti	Linthlistrasse 3	8868	Oberurnen	SVP	X
Herr	Hanspeter	Hertach	Quartierstrasse 1	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Hans	Hösli	Rütelistrasse 5	8753	Mollis	SVP	
Herr	Thomas	Huber	Hauptstrasse 41b	8867	Niederurnen	CVP	
Herr	Peter	Kistler	Hädilochstrasse 44a	8867	Niederurnen	SP	
Herr	Kurt	Krieg	Bleichi 1	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Martin	Landolt-Meier	Mühle 21b	8752	Näfels	SVP	X
Herr	Daniel	Landolt-Tremp	Escherstrasse 10	8752	Näfels	CVP	
Frau	Gabriela	Meier Jud	Sagengüetli 1	8867	Niederurnen	FDP	
Frau	Gret	Menzi	Seergarten 6	8874	Mühlehorn	BDP	
Herr	Jürg	Menzi	alte Kerenzerstr. 37	8758	Obstalden	SVP	
Herr	Peter	Müller	Burg 11	8752	Näfels	GLP	X
Frau	Margrit	Neeracher	Kärpfstrasse 35	8868	Oberurnen	CVP	
Herr	Patrik	Noser	Landstrasse 49	8868	Oberurnen	CVP	X
Frau	Ann-Kristin	Peterson	Mühlegasse 6	8867	Niederurnen	Grüne	
Herr	Luca	Rimini	Im Grütli 40	8868	Oberurnen	BDP	
Frau	Cornelia	Schmid	Käsernhoschet 8	8865	Bilten	FDP	X
Frau	Elisabeth	Schnyder	Wiesenstrasse 5	8865	Bilten	SVP	X
Herr	Urs	Schweikert	Gerbi 36	8752	Näfels	Grüne	
Frau	Karin	Stüssi	Löwenstrasse 10	8867	Niederurnen	SVP	
Frau	Katia	Weibel Fischli	Gerbi 30	8752	Näfels	SP	
Herr	Christoph	Zürrer	Oberdorfweg 18	8753	Mollis	SP	verspätet
Herr	Christoph	Zwicky	untere Bitzi 20	8758	Obstalden	SP	

**Präsenz** 24 Parlamentarier/-innen sind anwesend, die Beschlussfähigkeit gemäss Art. 10 der Parlamentsordnung ist somit festgestellt.

Die heutige **Traktandenliste** umfasst 3 Traktanden:

1. Verschiebung des Auftrages zur Überarbeitung des Reglements zur Abfallbeseitigung  
(Motion Verursachergerechte Grüngutabfuhr)  
(Antrag GR vom 25.09.2015)
2. Genehmigung Budget 2016 und Finanzplan 2017 – 2020  
sowie Festsetzung des Steuerfusses per 2016  
(Antrag GR 31.08.2015; Budgetdossier; Bericht FAK 05.10.2015)
3. Umfrage

#### **Bereinigung der Traktandenliste**

Das Wort wird nicht verlangt, somit wird gemäss vorliegender Traktandenliste getagt.

## Geschäfte

(Einführung durch Parlamentspräsidentin Margrit Neeracher)

### 1. Verschiebung des Auftrages zur Überarbeitung des Reglements zur Abfallbeseitigung (Motion Verursachergerechte Grüngutabfuhr)

(Antrag GR vom 25.09.2015)

Am 23. Januar 2014 wurde die Motion „Verursachergerechte Grüngutabfuhr“ der SVP-Fraktion vom 24. Oktober 2013 vom Parlament überwiesen. Darin wurde der Gemeinderat aufgefordert, Grüngutcontainer nur noch gegen Gebühr zu entsorgen und mit diesen zusätzlichen Einnahmen die allgemeinen Tarife zu senken. Das Ressort Bau und Umwelt hat zur Bearbeitung der Motion eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche diverse Lösungsvorschläge erarbeitet und diskutiert hat. Momentan wird die in diesem Zusammenhang wichtige eidgenössische Technische Verordnung über Abfälle (TVA) überarbeitet und bei einem positiven Entscheid des Bundesrates voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Deshalb ist die Arbeitsgruppe wie auch der Gemeinderat der Auffassung, dass ein weiteres Vorgehen in dieser Sache keinen Sinn macht, bis die gesetzlichen Grundlagen dazu bekannt sind.

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

#### Eintretensdebatte

Jürg Menzi, Obstalden, SVP

Im Namen der SVP-Fraktion begrüsst er das vorgeschlagene Vorgehen. Als Mitglied der Arbeitsgruppe sind ihm die Hintergründe bestens bekannt und es konnten in der Zusammenarbeit auch bereits erste Erfolge erzielt werden. Dennoch erachtet er eine Verzögerung unter diesen Umständen als sinnvoll, damit nicht bereits in einem Jahr wiederum eine erneute Überarbeitung vorgenommen werden muss.

Die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

#### Detailberatung

Der Antrag des Gemeinderates wird zur Diskussion gestellt.  
Dazu erfolgen keine Wortmeldungen.

#### Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst einstimmig gemäss Antrag des Gemeinderates:

1. Die Überarbeitung des Reglements über die Abfallbeseitigung vom 28. Oktober 2010 und den dazugehörigen Tarif zu verschieben bis die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) vorliegen.
2. Den Gemeinderat mit der Überarbeitung des Reglements über die Abfallbeseitigung vom 28. Oktober 2010 zu beauftragen, sobald die Technische Verordnung über Abfälle in Kraft gesetzt ist.

## 2. Genehmigung Budget 2016 und Finanzplan 2017 – 2020 sowie Festsetzung des Steuerfusses per 2016

(Antrag GR 31.08.2015; Budgetdossier; Bericht FAK 05.10.2015)

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

### Eintretensdebatte

Adrian Hager, Präsident FAK, Niederurnen, SVP

Die Finanzaufsichtskommission hat an ihren Sitzungen vom 8. und 29. September 2015 im Plenum das Budget 2016 beraten. Weiter führten Zweiergruppen der Kommission Einzelbesprechungen mit den Bereichs- und Ressortleitern durch.

Das Budget präsentiert sich positiv, es ist ein Gewinn von CHF 0.5 Mio. budgetiert. Der Cashflow beträgt CHF 4.9 Mio. und die Nettoinvestitionen CHF 7.5 Mio., daraus resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 2.6 Mio. was einen Selbstfinanzierungsgrad von 65% ergibt.

Adrian Hager erwähnt die wichtigsten Punkte aus den einzelnen Ressorts:

Präsidiales: Der Ertrag gegenüber der Rechnung 2014 ist um CHF 1.468 Mio. tiefer budgetiert, dies ist hauptsächlich auf den Wegfall des Finanzierungsausgleichsbeitrages des Kantons zurückzuführen. Dieser Beitrag wurde von der Landsgemeinde beschlossen und dreimal ausbezahlt. Dieser Betrag von CHF 1.166 Mio. ist im Budget 2016 erstmals nicht mehr enthalten. Ressortübergreifend wirksam ist die vom Gemeinderat beschlossene Lohnsummenerhöhung von CHF 330'000 für individuelle und strukturelle marktspezifische Besoldungsmassnahmen. Zusätzlich sind CHF 60'000 als Leistungsentschädigung für besondere Leistungen vorgesehen. Es muss festgehalten werden, dass der Gemeinderat keine grundsätzliche Lohnerhöhung beantragt. Jedoch sind Anpassungen in drei Bereichen erforderlich. Zum einen besteht Nachholbedarf beim Marktwert, die Löhne gemäss gültiger Besoldungsverordnung entsprechen nicht dem Marktwert um adäquate Mitarbeitende anstellen zu können, dafür werden CHF 120'000 benötigt. Ein zweiter Bereich welcher Massnahmen erfordert, betrifft die Entwicklung von jungen Mitarbeitenden, z. B. Lehrabgänger. In anderen Kantonen gibt es den automatischen Lohnanstieg, welcher den Mitarbeitenden jedes Jahr zugutekommt, dies gibt es im Kanton Glarus nicht mehr, dafür wurden CHF 50'000 budgetiert. Der dritte Teil betrifft die Funktionsüberprüfungen, resp. Mitarbeitende mit ausserordentlichen Leistungen und entsprechender Beurteilung. Total ergibt dies CHF 330'000. In der Budgetberatung wurde von 1% gesprochen, die vom Gemeinderat beantragte Summe entspricht jedoch 1.2%. Die FAK beantragt eine Beschränkung auf 1%, was einer Lohnsummenerhöhung von CHF 275'000 entspricht. Im Weiteren beantragt die FAK, CHF 60'000 für die Leistungsentschädigung von besonderen Leistungen zu streichen. Grundsätzlich wäre dies gemäss Besoldungsverordnung Art. 17 zwar möglich, bis jetzt wurde dieser Betrag jedoch noch nie budgetiert und entsprechend auch nicht ausbezahlt. Aufgrund der vorliegenden Zahlen ist weiterhin Kostendisziplin nötig und die FAK empfiehlt deshalb, auf diese Position zu verzichten.

Ressort Bildung: Rund 86% aller Kosten in diesem Ressort fallen unter den Personalaufwand, dabei handelt es sich grundsätzlich um gebundene Ausgaben. Gegenüber dem letzten Jahr mit einer Kostensteigerung von 5.5%, beträgt diese aktuell nur noch rund 2%.

Ressort Gesundheit, Jugend und Kultur: Der Aufwandüberschuss ist gegenüber dem Budget 2015 lediglich um CHF 22'300 höher. Nach Jahren des Aufbaus sind die Kosten jetzt bekannt und deshalb die Budgetierung sehr genau. Die Kosten in diesem Ressort verteilen sich sehr unterschiedlich, der Bereich Gesundheit verschlingt rund 60%, das heisst CHF 3.1 Mio., davon sind gemäss den gesetzlichen Grundlagen CHF 2 Mio. für die Pflegefinanzierung vorgesehen.

Ressort Sicherheit: Dieser stark reglementierte Bereich wird im Budgetprozess durch das kant. Feuerwehrenspektorat begleitet. Die GlarnerSach-Versicherung übernimmt rund 80% der gesamten Budgetkosten.

Auf der Ertragsseite erhöht sich die Feuerwehropflicht-Ersatzabgabe aufgrund des Landsgemeindeentscheides von 2013 im Vergleich zum Budget 2015 um CHF 119'000. Entsprechend reduziert sich der Defizitbeitrag des kant. Feuerwehrenspektorates.

Ressort Wald und Landwirtschaft: Der Aufwandüberschuss liegt rund CHF 386'000 höher als im Vorjahr. Dieser hohe Betrag hat damit zu tun, dass im nächsten Jahr Holzschläge an schlecht zugänglichen Orten geplant sind und deshalb vermehrt Transporte per Helikopter durchgeführt werden müssen. Die vorhandene Planung im Ressort ist sinnvoll und nachvollziehbar.

Ressort Bau und Umwelt: Die Budgetierung 2016 beruht praktisch auf den Zahlen der Rechnung 2014, es kann nun auf diese Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Kritisch muss die Entnahme aus den Separatfinanzierungen Wasserwerk und Abwasserbeseitigung betrachtet werden. Es sind massiv grössere Entnahmen budgetiert als in der Vergangenheit. Diese Mittel sind nicht unerschöpflich und neigen sich langsam dem Ende zu. Es kann jedoch festgestellt werden, dass beim Wasserwerk durch die Bildung des Grosswasserverbundes Kosteneinsparungen zu erwarten sind. Auf der anderen Seite hat der Abwasserverband Glarnerland die Tarife gegenüber der Gemeinde erhöht. Diese Kosten werden nicht dem einzelnen Bürger weiterverrechnet. Dies führt zu einem grösseren Defizit, welches durch höhere Entnahmen gedeckt werden muss. Sollten sich in Zukunft diese Saldi nicht verbessern, wird die Gemeinde entsprechende Gebührenanpassungen vornehmen müssen.

Ressort Liegenschaften: Der Minussaldo ist gegenüber dem Budget 2015 um rund CHF 144'000 kleiner. Zum grossen Teil ist diese Aufwandminderung auf den reduzierten Abschreibungssatz von 15% auf 12% zurückzuführen. Dadurch reduziert sich der Aufwand der Gemeinde um CHF 459'000. Im Budget 2016 sind Liegenschaftsverkäufe für CHF 2 Mio. enthalten. Gemäss dem Bericht „Standorte und Objekte“ sind potentielle Objekte im Wert von CHF 6 Mio. vorhanden, welche mittelfristig verkauft werden sollen.

Investitionsrechnung: Zu weiteren Diskussionen werden sicherlich die geplanten Werkhöfe für Wald und Landwirtschaft sowie für Bau und Umwelt führen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde ein zentraler Werkhof von der Gemeindeversammlung abgelehnt, jetzt wurden diese wieder in die Planung aufgenommen. Die FAK beurteilt dies mehrheitlich positiv. Sie ist überzeugt, dass für eine effiziente Führung der Gemeinde auch effiziente Strukturen erforderlich sind.

Der Investitionsanteil beträgt 15.9%, was einer mittleren Investitionstätigkeit entspricht. Es zeigt aber auch, dass aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr investiert werden kann. Deshalb müssen die geplanten Investitionen möglichst sinnvoll sein. Aus diesen Überlegungen resultiert der Antrag der FAK, in welchem vor der Auslösung weiterer Investitionen in Alpgebäude dem Parlament eine Kosten-Nutzenzusammenstellung über die letzten 5 und die nächsten 5 Jahre vorgelegt werden soll. Im Budget 2015 sind CHF 270'000 Investitionen in Alpgebäude geplant und im Finanzplan 2017-2020 sind total Investitionen in Alpgebäude von CHF 2.4 Mio. vorgesehen. Deshalb soll zuerst geprüft werden, ob eventuell auch kostengünstigere Möglichkeiten machbar wären. Es liegt nicht im Sinn der FAK, diese Investitionen zu verhindern, aber die finanziellen Mittel der Gemeinde sind beschränkt und sollten möglichst effizient eingesetzt werden. Es gibt noch viele weitere Objekte, in welche investiert werden muss.

Finanzplan: Aus der Vergangenheit war ersichtlich, dass sich die Finanzen in die vom Gemeinderat vorgesehene Richtung entwickeln. Der Aufwand steigt weniger als der Ertrag, was als positiv gewertet werden kann. Was noch nicht bekannt und im Finanzplan noch nicht abgebildet ist, sind die Auswirkungen des Projektes Infrastrukturmanagement.

Fazit: Die besseren Budgetzahlen 2016 ergeben sich aus drei Hauptgründen: Tiefere Abschreibungen, höhere Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen sowie höhere Entschädigungen des Gemeindewesen. Diese drei Positionen verbessern das Budget um CHF 1.5 Mio. Das positive Ergebnis entstand jedoch auch aufgrund von Liegenschaftsverkäufen. Die Gemeinde muss jedoch das Ziel anstreben, nicht auf Verkäufe von Liegenschaften angewiesen zu sein, sondern ein positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften. Dies erfordert weitere Aufwandsminderungen und/oder Ertragsverbesserungen von rund CHF 2.7 Mio., was knapp 5 Steuerprozenten entspricht. Es ist deshalb nach wie vor äusserste Kostendisziplin nötig, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Namen der FAK beantragt Adrian Hager, das Budget 2016 gemäss gemeinderätlichem Entwurf mit folgenden Änderungen zu genehmigen:

- Die CHF 60'000 im übrigen Personalaufwand beim Personalwesen (Kostenstelle 10320 / Kostenart 309900) für die Leistungsentschädigung von besonderen Leistungen sei zu streichen.
- Für die strukturelle Lohnerhöhung soll 1% der Lohnsumme oder CHF 275'000 ins Budget eingestellt werden anstatt CHF 330'000.
- Vor der Auslösung weiterer Investitionen in die Alpgebäude sei dem Parlament ein Bericht zu unterbreiten, in welchem eine Kosten-Nutzenzusammenstellung über die letzten 5 und die nächsten 5 Jahre enthalten ist. Gleichzeitig sollen Kostensenkungsmassnahmen bei den geplanten Investitionen aufgezeigt werden.

Im Weiteren sei der Finanzplan 2017-2020 zu genehmigen sowie der Steuerfuss unverändert auf 63% (total 116%) festzusetzen.

Zum Schluss dankt Adrian Hager den Kommissionsmitgliedern für die Unterstützung bei der intensiven Arbeit in den vergangenen Monaten. Auch Gemeindepräsident Martin Laupper und Bereichsleiter Finanzen Jakob Albrecht spricht er seinen Dank aus für die Ausführungen anlässlich der Kommissionssitzungen. Im Dank eingeschlossen sind selbstverständlich auch sämtliche Ressort- und Bereichsleiter.

#### Gabriela Meier, Niederurnen, FDP

Im Namen der Fraktionen FDP und BDP spricht sich Gabriela Meier für Eintreten aus.

Grundsätzlich stimmen die Fraktionen den Anträgen der FAK zu, mit Ausnahme der beantragten strukturellen Lohnerhöhung von 1% der Lohnsumme oder CHF 275'000 anstelle der CHF 330'000 und dem beantragten Bericht Kosten-Nutzenzusammenstellung betr. Investitionen in die Alpgebäude. Zu diesen beiden Positionen haben die Fraktionen FDP und BDP Stimmfreigabe beschlossen.

Gabriela Meier dankt Kommissionspräsident Adrian Hager für seine stets sehr effiziente Sitzungsleitung und die konstruktive Zusammenarbeit.

#### Thomas Huber, Niederurnen, CVP

Die Fraktion CVP hat einstimmig Eintreten beschlossen.

Die schwarzen Zahlen sowie der positive Trend wurden erfreut zur Kenntnis genommen. Die Budgetzahlen sind zumeist aussagekräftig, da sie Mittelwerte der letzten Jahre darstellen, was eine Budgetsicherheit ergibt. Besorgt ist die Fraktion jedoch über die grossen Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen und die Verkäufe von Liegenschaften, um das Budget auszugleichen. Es gilt zu bedenken, dass diese Quellen nicht unerschöpflich sind und eines Tages aufgebraucht sein werden. Gewisse kleine Reserven wären durchaus sinnvoll um kurzfristige und nicht planbare Investitionen finanzieren zu können. Das nächste Etappenziel soll ein ausgeglichenes Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit sein, erst dann ist Nachhaltigkeit gegeben.

Zum Schluss dankt Thomas Huber Gemeinderat, Verwaltung und seinen Kolleginnen und Kollegen der Finanzaufsichtskommission für die geleistete Arbeit. Er dankt aber auch allen Angestellten der Gemeindeverwaltung, die täglich dafür sorgen, dass die Kosten nicht ausufern und die finanziellen Mittel der Gemeinde sinnvoll eingesetzt werden.

#### Hans Hösli, Mollis, SVP

Möchte nicht als Mitglied der Finanzaufsichtskommission sondern aus ganz persönlicher Sicht einen Appell an den Gemeinderat richten.

Der Präsident der FAK erwähnte bereits, dass eine grosse Kostendisziplin gefragt ist. Diese Aussage möchte er voll und ganz unterstützen und dem Gemeinderat nahelegen, darauf noch vermehrt hinzuwirken. Das gute Endresultat des Budgets 2016 beruht weitgehend auf den kleineren Abschreibungssätzen einerseits und den höheren Liegenschaftserträgen andererseits. Es darf nicht vergessen werden, dass ein sehr hoher Investitionsbedarf vorhanden ist. Das Investitionsvolumen der nächsten Jahre ist enorm, dies zeigt der Bericht über Standorte und Objekte, wobei die Strassen noch nicht einmal berücksichtigt wurden. Hans Hösli stellt fest, dass der Personalaufwand und der Sach- und übrige Betriebsaufwand von Jahr zu Jahr höher werden.

Auch in diesem Budget ist wiederum eine Steigerung im Personalaufwand von CHF 750'000 und beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand von CHF 850'000 gegenüber dem Vorjahr feststellbar. Das macht deutlich, dass die Kosten stetig wachsen und Hans Hösli bittet den Gemeinderat, diese Entwicklung unbedingt im Auge zu behalten.

#### Martin Laupper, Gemeindepräsident

Auf eine ausführliche Zahlenpräsentation möchte Gemeindepräsident Martin Laupper an dieser Stelle verzichten, dafür liegen die umfangreichen und detaillierten Unterlagen vor. Insbesondere lobt er den Bericht der Finanzaufsichtskommission, welcher transparent und aussagekräftig ist.

Der Gemeinderat ist grundsätzlich über das ausgeglichene Budget und ganz speziell über den geplanten Ertragsüberschuss erfreut. Besonders hervorzuheben ist der Ertragsüberschuss vor Abschreibungen und Wertberichtigungen mit einem Betrag von CHF 6.1 Mio. Dies erlaubt der Gemeinde Glarus Nord, Investitionen leicht über dem Durchschnitt aller Schweizer Gemeinden zu tätigen. Gemäss Rating werden unsere Investitionen zwar als mittelmässig eingestuft, dennoch liegen sie knapp 1% über dem schweizerischen Durchschnitt. Im 2016 betragen die Brutto-Investitionen rund CHF 11 Mio., zusätzlich sind bei den TBGN, welche ebenfalls Teil unserer Gemeinde sind, weitere Brutto-Investitionen in der Höhe von CHF 5 Mio. vorgesehen. Insgesamt investiert Glarus Nord somit brutto CHF 16 Mio.

Eine gute Perspektive zeigt auch der Selbstfinanzierungsgrad. Der Durchschnitt in den Jahren 2011 – 2015 lag bei 95%. Ein kleiner Wermutstropfen bildet das Jahr 2016 mit einem Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 65%. Gemäss Finanzplanung 2015 bis 2020 wird der Durchschnitt jedoch wieder über 80% betragen. Bis heute ist es leider nicht gelungen, das betriebliche Ergebnis auszugleichen. Diese grosse Herausforderung bleibt das Ziel für die Zukunft. Es ist eine Tatsache, dass die Kosten einer wachsenden Gemeinde nicht stagnieren können. Diese Aussage relativiert sich durch die Feststellung, dass die Steuererträge stärker ansteigen als die Kosten. Der Gemeinderat geht davon aus, dass diese Tendenz in Zukunft anhält, vorausgesetzt, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gross verändern. Andernfalls müssten Massnahmen getroffen werden, um auf die entsprechenden Positionen in der Jahresrechnung Einfluss nehmen zu können. Grundsätzlich aber kann optimistisch ins Jahr 2016 gestartet werden und die Aussichten bis 2020 zeigen sich durchaus erfreulich.

Gemeindepräsident Martin Laupper dankt am Schluss seiner Ausführungen den Mitgliedern der Finanzaufsichtskommission und insbesondere deren Präsident Adrian Hager. Unter seiner Führung erledigt die FAK ihre Aufgaben sehr kompetent und effizient. Weiter dankt Martin Laupper dem Bereichsleiter Finanzen Jakob Albrecht und seinem gesamten Team für die Erstellung der stets äusserst zuverlässigen Budgets.

Die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

#### Detailberatung

##### **Budgetdossier 2016**

###### **1. Kurzfassung**

- Gesamtübersicht Budget 2016
- Gestufter Erfolgsausweis 2016
- Übersicht Erfolgsrechnung Kostenstellen 2016

Keine Wortmeldungen.

###### **2. Erfolgsrechnung Kostenstellen**

- Erfolgsrechnung Institutionelle Gliederung
- Erfolgsrechnung Kostenstellendetails 2016

#### Daniel Landolt, Näfels, CVP

Erkundigt sich, was die Kostenart 313000 Dienstleistungen Dritter bei den diversen Tagesbetreuungen beinhaltet.

#### Roger Schneider, Gemeinderat



Erklärt, dass diese Position den Transport und Fremdeinkauf gewisser Nahrungsmittel, das heisst andernorts zubereitete Mahlzeiten und deren Transport, beinhaltet.

### 3. Erfolgsrechnung Kostenarten

- Erfolgsrechnung Glarus Nord
- Präsidiales
- Bildung
- Gesundheit, Jugend und Kultur
- Sicherheit
- Wald und Landwirtschaft
- Bau und Umwelt
- Liegenschaften

Keine Wortmeldungen.

### 4. Kommentar

- Abweichungen 2015-2016

Keine Wortmeldungen.

### 5. Investitionen 2016

- Investitionen 2016

#### Hans Hösli, Mollis, SVP

Stellt zu folgenden zwei Positionen einen Abänderungsantrag, hält jedoch fest, dass diese Anträge allein in seinem Namen und nicht namens der Fraktion SVP oder der FAK gestellt werden:

- 74013 Werkhof Wald und Landwirtschaft, CHF 300'000 (als Projektvorbereitung)
- 74012 Werkhof Bau und Umwelt, CHF 200'000 (als Projektvorbereitung)

Der Gemeinderat schreibt im Kommentar, dass es sich bei diesen Zahlen um Planungs- bzw. Projektvorbereitung für neue Werkhöfe handelt. Hans Hösli beantragt:

Für beide erwähnten Investitionsposten, also Werkhof für Wald und Landwirtschaft wie auch Werkhof Bau und Umwelt sind zunächst Abklärungen zu treffen, ob Neubau und völlige Zentralisierung effektiv als beste und einzige Lösung zu betrachten sind. Es ist eine vertiefte Analyse vorzunehmen, die aufzeigt, ob in Bezug auf die Arbeitseffizienz Werkdienste und Werkhöfe, abgestützt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage nicht mindestens ebenso gute dezentrale Lösungen wie bisher, mit infrastrukturellen Verbesserungen, den Zweck erfüllen. Der Gemeinderat möge bemüht sein, für diese Analyse die beantragten Kredite von CHF 300'000 und CHF 200'000 nicht in vollem Umfang auszuschöpfen.

Im Kommentar zu den Investitionen führt der Gemeinderat eine kurze Erklärung betreffend dieser beiden Kostenträger auf. Hans Hösli zitiert: *Zur Sicherstellung eines effizienten Betriebs ist der Bau eines neuen Werkhofs nötig.*

Hans Hösli erinnert daran, dass erst vor zwei Jahren die Stimmbürgerschaft beschlossen hat, betreffend Werkhöfe keine Zentralisierung ins Auge zu fassen. Auf die Argumentation der damaligen Gemeindeversammlung wurde nicht mehr eingegangen, für den Gemeinderat kommt nur eine neue zentrale Lösung in Frage, dies müsste näher begründet werden. Er empfiehlt dem Gemeinderat, auch einmal zu diesem Thema einen Workshop durchzuführen.

#### Bruno Gallati, Gemeinderat

Empfiehl, die von Hans Hösli erwähnten Positionen unverändert im Budget zu belassen.

Der Schlussbericht des Projektes Standorte und Objekte wurde an der letzten Sitzung genehmigt. Daraus war ersichtlich, wie es vor allem bezüglich der Schulanlagen, Gemeindehäuser und Werkhöfe weitergehen soll. Der Teil „Übrige“ ist von geringerer Bedeutung und noch in Erarbeitung. Es ist richtig, ein Werkhof für Wald und Landwirtschaft wurde von der Gemeindeversammlung abgelehnt.

Jetzt geht es jedoch um eine Projektvorbereitung welche nicht nur den Bereich Wald und Landwirtschaft, sondern auch den Bereich Bau und Umwelt betrifft. Aufgrund dessen ist die

Ausgangslage und Aufgabenstellung eine andere und es braucht deshalb eventuell auch eine andere Lösung. Aus dem Schlussbericht S. 44 geht hervor, dass sich die Werkhöfe teilweise an Lagen befinden, an denen sie vom Schulbetrieb tangiert sind. Diese Situation muss aus folgenden Gründen genauer betrachtet werden: Einerseits braucht es mehr Schulraum und andererseits stellen Werkhöfe in der unmittelbaren Nähe von Schulanlagen eine Gefahr für Kinder dar. Solche Problemstellungen werden mit diesem Projekt angegangen. Zudem sind grundsätzliche Überlegungen betreffend Organisation und Zusammenlegungen anzustellen, um das Ganze effizienter zu gestalten. Seitens des Bereichs Liegenschaften liegt der Fokus auf dem Schulraum. Daher liegt die Überlegung nahe, zuerst die Werkhöfe in Schulnähe genauer zu betrachten, bevor mit der Planung von allfälligen Neubauten begonnen wird. Dies könnte neue Möglichkeiten für den Schulbetrieb schaffen, welche zudem finanziell günstiger wären. Es ist bekannt, dass ein neues Schulhaus benötigt wird. Dieses ist in der Finanzplanung jedoch noch nicht enthalten. In den CHF 35 Mio. welche es in den nächsten 10 Jahren für Schulliegenschaften braucht, ist kein Neubau eines Schulhauses enthalten. In den vergangenen Jahren lagen bereits mehrere Vorlagen bezüglich punktuellen Verbesserungen vor, beispielsweise beim Schulhaus Bühl, HPZ Oberurnen oder Kindergarten Mollis. Es wird versucht, mit den einfachsten Lösungen die bestehenden Probleme zu lösen. Ein neues Schulhaus ist für den Gemeinderat die letzte und auch gleichzeitig die teuerste Variante. Bei Schulraumerweiterungen liegen die Kosten für ein Schulzimmer bei CHF 0.5 Mio. Bei einem Neubau sind mit doppelt so hohen Kosten zu rechnen. Es ist deshalb verständlich, dass sämtliche Möglichkeiten geprüft werden müssen, bevor die letzte Lösung, nämlich der Bau eines neuen Schulhauses, in Erwägung gezogen wird. Die Aufgabenstellung bezüglich der Werkhöfe hat sich aufgrund des Projektes grundlegend verändert. Eine Lösung liegt jedoch noch nicht definitiv vor, es geht nun lediglich darum, alle erforderlichen Abklärungen zu treffen. Bruno Gallati kann aber versichern, dass der Gemeinderat sehr zurückhaltend und haushälterisch mit dem zur Verfügung stehenden Geld umgeht.

Die Vorsitzende fragt beim Antragsteller Hans Hösli nach, bis wann seine geforderte Bedürfnisanalyse vorliegen soll.

Hans Hösli, Mollis, SVP

Die Erklärungen von Gemeinderat Bruno Gallati entsprechen weitgehend seinen eigenen Ausführungen. Sein Antrag lautet nicht, dass die beiden Positionen aus dem Budget gestrichen werden sollen. Wenn der Gemeinderat seine Forderungen dahingehend erfüllt, dass er alle Möglichkeiten überprüft, wäre seinem Anliegen damit entsprochen. Der Aussage von Bruno Gallati kann Hans Hösli entnehmen, dass eine Zentralisierung nicht das absolute Ziel ist und noch alle Möglichkeiten offenstehen. Dies würde aber wiederum dem anfangs zitierten Kommentar des Gemeinderates *Zur Sicherstellung eines effizienten Betriebs ist der Bau eines neuen Werkhofs nötig* widersprechen.

Hans Hösli hält an seinem Antrag fest, ohne eine bestimmte Terminangabe für einen Bericht zu nennen.

### **Beschluss**

Der Antrag von Hans Hösli betreffend vertiefter Analyse wird vom Parlament grossmehrheitlich abgelehnt.

- Kommentar zu Investitionen

Keine Wortmeldungen

### **6. Finanzplan 2017 – 2020**

- Gesamtübersicht/Kennzahlen
- Finanzplan 2017-2020

Keine Wortmeldungen

### **Bericht der Finanzaufsichtskommission vom 05.10.2015**

## 1. Ausgangslage

Keine Wortmeldungen

## 2. Eintreten

Keine Wortmeldungen

## 3. Budget 2016 Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Anmerkung zu Punkt 3.2.6 Bau und Umwelt: Bei Wasser und Abwasser handelt es sich nicht um Fonds sondern um Spezialfinanzierungen.

## 4. Finanzplan 2017 – 2020

Keine Wortmeldungen

## 5. Fazit

Keine Wortmeldungen

## 6. Anträge

Christoph Zwicky, Obstalden, SP

Im Namen der Fraktionen SP und Grüne stellt Christoph Zwicky folgende Anträge:

1. Antrag 1 der FAK sei abzulehnen und CHF 60'000 für Leistungsprämien im Budget zu belassen.
2. Antrag 2 der FAK sei abzuändern und CHF 412'500, d.h. 1.5% der Lohnsumme ins Budget einzustellen.

Die Leistungsprämien sind in der Besoldungsverordnung vorgesehen, sie kamen jedoch in den letzten Jahren aufgrund des Spardrucks nicht zur Anwendung. Dies nun als Normalfall anzusehen, entspricht nicht der Besoldungsverordnung. Der Gemeinderat soll weiterhin die Möglichkeit haben, besondere Leistungen einmalig zu belohnen.

Die Erklärungen zum Lohnsystem der Gemeinde waren bereits vor einem Jahr ein Thema. Der Gemeindepräsident äusserte sich damals in dem Sinne, dass im Durchschnitt über 4 Jahre 1.5% der Lohnsumme erforderlich sind, um marktgerechte Löhne zu erhalten. Bis letztes Jahr waren es 0.625%, jetzt sind es 0.85%. Dies reicht vermutlich nicht aus, um das Funktionieren des Lohnsystems zu gewährleisten. Christoph Zwicky zeigt die Auswirkungen der Entscheide der letzten Jahre auf: 2011/2012 wurden 1% gesprochen, der Personalaufwand schrumpfte um 0.1%. 2012/2013 wurde ebenfalls 1% gesprochen, der Personalaufwand ist um 2.4% und die Stellenprozente sind um 3.65% gestiegen. Diese Zahlen stammen aus dem Amtsbericht und den Jahresrechnungen. Im 2014 konnte das Budget nicht eingehalten werden und der Personalaufwand ist gestiegen. Diese Beispiele zeigen, dass durch eine Erhöhung der Lohnsumme um 1.5% nicht systembedingt mehr Kosten verursacht werden. Der letzte Rechnungsabschluss sowie das Budget sind besser ausgefallen als erwartet, dies ist auch den Mitarbeitenden zu verdanken. Jetzt wäre der Zeitpunkt da, eine Lohnentwicklung zu ermöglichen, welche über dem Zieldurchschnitt von 1.5% liegt. Wird jetzt weniger gesprochen als das System für sein Funktionieren benötigt, zeigt dies den Mitarbeitenden eindeutig die fehlende Wertschätzung.

Roger Schneider, Gemeinderat

Er möchte Missverständnisse bezüglich der Lohnentwicklung verhindern. Beim grössten Teil der Mitarbeitenden handelt es sich um Lehrpersonen. In allen anderen Kantonen gibt es, entweder offen oder versteckt, einen automatischen Stufenanstieg, dies ist bei uns nicht der Fall. Hier gibt es die Leistungskomponente mit einer entsprechenden Bewertung. Damit eine marktgerechte Entlohnung entsprechend den Leistungen möglich ist, braucht es einen „Topf“ mit den entsprechenden finanziellen Mitteln, um die strukturelle Lohnentwicklung zu gewährleisten. Mit den vom Gemeinderat beantragten CHF 330'000 ist die Voraussetzung dafür erfüllt. Im Durchschnitt braucht es 1.5% pro Jahr, um eine verlässliche Lohnpolitik führen zu können.

Max Eberle, Näfels, BDP

Unterstützt den Antrag der FAK.

In einem Jahr wird den Mitarbeitenden als Zeichen der Wertschätzung mehr Ferien gewährt, im andern Jahr gibt es REKA-Check's usw. Seiner Ansicht nach müssen irgendwo Grenzen gesetzt und dieser Entwicklung Einhalt geboten werden. Allein schon durch die aktuelle Minus-Teuerung ist die Kaufkraft für Alle gestiegen. Max Eberle appelliert an das Parlament, Mass zu halten und den von der FAK beantragten CHF 275'000 zuzustimmen.

#### Martin Laupper, Gemeindepräsident

Zum Thema Strukturanpassung: Für die Akzeptanz der Finanzaufsichtskommission, dass es sich beim „Strukturtopf“ weder um eine generelle Lohnerhöhung noch um einen Teuerungsausgleich handelt, ist Gemeindepräsident Martin Laupper sehr dankbar. Der Gemeinderat hat nicht von einer bestimmten Prozentzahl der Lohnsumme gesprochen. Es wurde ermittelt, welche Summe in Franken notwendig ist, um die Löhne in diesem Jahr struktur- und marktgerecht individuell innerhalb des Systems festzulegen. Martin Laupper bestätigt, dass dazu im Durchschnitt über mehrere Jahre 1.5% benötigt werden. In diesem Jahr ist die Situation aufgrund der Minus-Teuerung jedoch speziell. Wird diese mitberücksichtigt, genügen 1.2% statt 1.5%. Es sollte jedoch nicht die Prozentzahl zum Mass werden, sondern die effektiv benötigte Summe von CHF 330'000. Wird dieser Betrag um CHF 55'000 verringert, schwächt dies das System und die Problemstellung verschiebt sich in die Folgejahre. Werden solche Verschiebungen zur Regel, sind die Löhne nicht mehr marktgerecht und die Strukturentscheide können nicht finanziert werden. Damit kann dieses Modell, bei welchem es sich auch um das Entschädigungsmodell in breiten Kreisen der Privatwirtschaft handelt, mittelfristig nicht aufrechterhalten werden. Der Kanton diskutiert bereits über das Stufenmodell, dieses ist jedoch teurer als das individuelle Leistungsmodell. Die Gemeinde schadet sich auf Dauer selbst, wenn die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die Folgen sind unzufriedene Mitarbeitende und eine steigende Fluktuation, was Probleme bezüglich Qualitätsverlust und steigende Kosten zur Folge hat. Auf kurze Zeit kann zwar Geld eingespart werden, aber mittelfristig wird es für die Gemeinde teurer. Die erforderlichen Mittel müssen zur Verfügung stehen, um eine effiziente, motivierte und kostenbewusste Verwaltung zu behalten und die Qualität damit sicherzustellen. Der Gemeinderat ist der vollen Überzeugung, dass diese Grundhaltung zugunsten und nicht zulasten der Gemeinde geht. Die Verwaltungskosten der Gemeinde Glarus Nord betragen pro Steuerzahler CHF 310. Diese Kosten sind im schweizweiten Vergleich sehr tief.

Zum Thema Leistungsprämie: Bisher fehlte es etwas an Mut, diese Leistungsprämie zu beanspruchen. Heute ist jedoch eine verlässliche Beurteilung möglich. Die Leistungsprämie ist explizit eine einmalige Honorierung von ausserordentlichen, nicht zu erwartenden Sonderleistungen. Sie ist als Belohnung und Wertschätzung für ein besonderes Engagement anzusehen und hat beim Mitarbeitenden auch keine Lohnerhöhung zur Folge. Mögliche Beispiele für die Entrichtung einer solchen Prämie wären: Eine Person leistet aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheit eines Kollegen über eine längere Zeit massive Mehrarbeit oder ein anspruchsvolles Projekt verursacht einen sehr grossen Mehraufwand für die zuständigen Personen. Zudem muss beachtet werden, dass ab Lohnband 12 (Abteilungsleiter) und höher kein Anspruch auf Entschädigung von Überstunden besteht.

#### **Beschlüsse**

1. Der Antrag des Gemeinderates, unterstützt von den Fraktionen SP und Grüne, CHF 60'000 für die Leistungsentschädigung von besonderen Leistungen ins Budget einzustellen wird dem Antrag der FAK, welche beantragt, diese Position aus dem Budget zu streichen, gegenübergestellt. Das Parlament folgt dem Antrag der FAK und beschliesst mehrheitlich, CHF 60'000 für die Leistungsentschädigung von besonderen Leistungen zu streichen.
2. Der Antrag der Fraktionen SP und Grüne, für die strukturelle Lohnerhöhung 1.5% der Lohnsumme = CHF 412'500 ins Budget einzustellen wird dem Antrag des Gemeinderates auf CHF 330'000 = 1.2% gegenübergestellt.  
Das Parlament stimmt mehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates zu (Eventual).  
Der Antrag des Gemeinderates, für die strukturelle Lohnerhöhung CHF 330'000 = 1.2% ins Budget einzustellen wird dem Antrag der FAK auf 1% = CHF 275'000 gegenübergestellt.  
Das Parlament beschliesst mit 12 : 11 Stimmen gemäss Antrag der FAK, 1% der Lohnsumme = CHF 275'000 für die strukturelle Lohnerhöhung ins Budget einzustellen.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Beantragt, den dritten Änderungsantrag der FAK ersatzlos zu streichen:

Vor der Auslösung weiterer Investitionen in die Alpgebäude sei dem Parlament ein Bericht zu unterbreiten, in welchem eine Kosten-Nutzenzusammenstellung über die letzten 5 und die nächsten 5 Jahre enthalten ist. Gleichzeitig sollen Kostensenkungsmassnahmen bei den geplanten Investitionen aufgezeigt werden.

Wenn diesem Antrag zugestimmt würde, hätte dies einen Investitionsstopp zur Folge. Eine Kosten-Nutzenzusammenstellung über die letzten 5 und die nächsten 5 Jahre ist kaum möglich und verursacht nur unnötige Kosten. Der Nutzen eines renovierten WC beispielsweise kann nicht beurteilt werden. Im Budget 2016 sind folgende Aufwendungen vorgesehen: Sanierung Trinkwasseraufbereitung auf der mittleren und oberen Fronalp, Renovation der Dusche und WC auf der Lachenalp und eine allgemeine Renovation auf der Alp Niedersee. Diese Massnahmen verursachen Nettokosten von CHF 266'000 und dienen ausschliesslich der Werterhaltung. In der Presse war im Zusammenhang mit der Gemeinde Glarus Nord über Fair Trade Town zu lesen, diese Massnahmen fördern den fairen Handel und dies müsste auch direkt vor unserer Haustür möglich sein. Auch das Personal auf den Alpen soll faire Bedingungen vorfinden. Die Kosten für die kommenden Investitionen in die gemeindeeigenen Alpgebäude sind im Finanzplan 2017-2020, welcher ausschliesslich nur zur Kenntnisnahme vorliegt, festgehalten. Bei einem der nächsten Budget's kann darüber diskutiert und beschlossen werden. Die Alpen sind ein wertvolles Gut und zudem ein wichtiger Teil des Tourismus. Sie garantieren die Artenvielfalt von Pflanzen und sind in der Bevölkerung stark verankert. Fridolin Dürst erinnert daran, dass die Gemeinde Eigentümerin der Alpgebäude ist und daher eine Verpflichtung für die Vornahme der notwendigen Unterhaltsarbeiten besteht.

Kurt Krieg, Niederurnen, SVP

Schliesst sich den Worten seines Vorredners an. Im Namen der SVP-Fraktion beantragt Kurt Krieg ebenfalls die ersatzlose Streichung des dritten Antrags der FAK.

Gabriela Meier, Niederurnen, FDP

Beantragt, dem Parlament vor dem Auslösen weiterer Investitionen in die Alpgebäude einen Bericht zu unterbreiten, in welchem der Gemeinderat einerseits seine Strategie seit 2011 und auch für die folgenden Jahre bezüglich der Alpen inkl. Alpgebäude aufzeigt und im Weiteren im Detail bekannt gibt, was mit den geplanten Investitionsbeiträgen konkret ausgeführt wird und auf welche konkreten gesetzlichen Grundlagen sich die geplanten Investitionen stützen. Gleichzeitig sind mögliche Kostensenkungen bei den geplanten Investitionen aufzuzeigen. Dies anstelle des von der FAK beantragten Berichtes mit der Kosten-Nutzenzusammenstellung.

Im Budget 2016 sind für Investitionen in die Alpgebäude brutto CHF 350'000 eingestellt. Dies ist eigentlich nicht sehr viel. Betrachtet man jedoch den Finanzplan 2017-2020, ist ersichtlich, dass dort Beträge in Millionenhöhe aufgeführt sind. Man kann sich zu Recht fragen, ob eine eigentliche Kosten-Nutzen-Analyse bei den Alpen wirklich sinnvoll ist. Angesichts der Höhe der Investitionen, welche für die nächsten Jahre in die Alpgebäude geplant sind und der Tatsache, dass weiterhin äusserste Kostendisziplin unbestritten ist, erscheint es sehr wichtig, dass der Gemeinderat einerseits seine Strategie welche er bei den Alpen inkl. Alpgebäude seit 2011 verfolgte und auch in Zukunft verfolgt, aufzeigt. Zudem muss im Detail aufgezeigt werden, was mit den geplanten Investitionsbeiträgen konkret ausgeführt wird, inkl. der gesetzlichen Grundlagen. So ist sichergestellt, dass nur das Notwendige und nicht alles Wünschbare umgesetzt und der nötigen Kostendisziplin Rechnung getragen wird. Der Schlussbericht des Teilprojekts Übrige, welches die Alpgebäude enthält, wird bis Ende 2015 vorliegen. Deshalb sollte der beantragte Bericht innert nützlicher Frist vorliegen, so dass sich die notwendigen Investitionen kaum verzögern oder es gar zu einen Investitionsstopp kommt. Investitionen können erst nach Vorliegen des Berichtes ausgelöst werden.

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Vor einem Jahr hätte er den Antrag von Gabriela Meier unterstützt. Er erinnert jedoch daran, dass das Parlament nicht mehr allzu lange existiert und es jetzt der falsche Zeitpunkt ist, noch einen Bericht zu erwarten. Deshalb ist er der Meinung, dass dieser Antrag gestrichen werden kann.

#### Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Das Parlament ist bis Mitte 2016 gewählt und kann bis dahin Anträge stellen und Berichte erwarten. Andernfalls würde sich eine Teilnahme an den Parlamentssitzungen erübrigen.

Zum Votum von Fridolin Dürst: Die Aussage, dass es zu einem Investitionsstopp kommt, ist falsch. Es wurde kein einziger Betrag aus dem Budget gestrichen. Es stimmt zwar, dass es jetzt lediglich um CHF 266'000 geht, aber ein Gesamtüberblick lohnt sich auf alle Fälle, geht es insgesamt doch um den stattlichen Betrag von CHF 2.4 Mio.

#### Ruedi Menzi, Gemeinderat

Der Gemeinderat verfolgt eine Strategie im Einklang mit dem Kanton. Der Kanton Glarus ist ein sogenannter Graskanton, das heisst, es besteht vorwiegend die Möglichkeit für die Milchkuhwirtschaft. Für diese Kühe muss auf den Alpen Platz erhalten bleiben, weil sonst eine Futterbasis fehlt. Ruedi Menzi betont, dass keinesfalls Luxusinvestitionen geplant sind, es geht einzig und allein um die Werterhaltung und eine einigermaßen zeitgerechte Einrichtung der Alphütten. Als Beispiel beschreibt Ruedi Menzi die Zustände in der Alphütte Niedersee, in welcher zwei Bewirtschafter untergebracht sind. Vorhanden sind nur ein Gemeinschafts- und ein Schlafrum und das WC befindet sich ausserhalb der Hütte in einem Anbau beim Schweinestall. Diese Alp hat der Gemeinde in den letzten Jahren einen Ertrag von CHF 30'000 aus den Pachtzinsen eingebracht. Im Antrag der FAK wird ein Rückblick über die letzten Jahre gefordert. Diese Fakten sind bekannt, in den letzten 4 Jahren kosteten die rund 30 Alpen im Durchschnitt rund CHF 262'000. Pro Jahr und Einwohner würde dies CHF 14.70 ergeben, was einem guten Dessert entspricht. Aus dieser Sicht betrachtet ist es gerechtfertigt, diese schöne Naturlandschaft zu erhalten, die Alpen zu pflegen und weiterhin in diesem Rahmen zu betreiben. Die Strategie ist vorhanden, die Gemeinde soll und will Eigentümerin der Alpen bleiben. Nur so kann eine Vergandung vermieden werden.

#### Max Eberle, Näfels, BDP

Was die Alp Niedersee betrifft, gibt er Gemeinderat Ruedi Menzi Recht. Allerdings darf nicht nur der schlechteste Fall betrachtet werden. Es trifft nicht zu, dass es bei den geplanten Investitionen nur um Werterhaltung geht, es sind auch ganze Ställe für CHF 0.5 Mio. aufgeführt, was auf eine Erweiterung hindeutet. Max Eberle möchte spüren, dass diese Investitionen alpgerecht sind, schliesslich befinden sich die Äpler nur für wenige Wochen im Jahr auf den Alpen. Zum Thema Werterhaltung der Alpen hat er selber schlechte Erfahrungen gemacht. Die Wege zum Rauti beispielsweise wurden durch die schweren Kühe völlig zerstört. Es darf nicht alles nur schön geredet werden. Er bezweifelt, dass es sich die Gemeinde leisten kann, in den nächsten Jahren CHF 2.5 Mio. in die Alpen zu investieren, vielleicht gäbe es auch noch wichtigere Sachen.

#### Daniel Bär, Oberurnen, SVP

Persönlich möchte er sowohl den Antrag der FAK als auch denjenigen von Gabriela Meier unterstützen und regt deshalb an, die beiden geforderten Berichte zusammenzufassen.

#### Ruedi Menzi, Gemeinderat

Sieht ein Problem beim Wortlaut des Antrages. Korrekt müsste es wohl heissen: „zu Händen der Gemeindeversammlung“, weil das Parlament bis zum Vorliegen des Berichtes nicht mehr zuständig sein wird.

Die Feststellung von Max Eberle, dass ein neuer Stall aufgeführt sei, kann er bestätigen. Werterhaltend sind kurzfristige Massnahmen wie auf der Alp Niedersee. Im Finanzplan ist ersichtlich, dass es aber auch weitere Massnahmen braucht. Im Endeffekt betragen die Investitionskosten pro Jahr und Alp ca. CHF 13'000 – 15'000. Es gibt aber nicht nur Auslagen, sondern auch einen Ertrag in Form von Pachtzinsen.

#### Kurt Krieg, Niederurnen, SVP

Es ist bekannt, dass Max Eberle kein grosser Freund der Landwirtschaft ist. Er schlägt ihm deshalb vor, einmal bei der Sendung Job-Tausch mitzumachen und einen Sommer auf einer Alp zu verbringen, diese Erfahrung würde seine Aussagen bestimmt relativieren.  
Kurt Krieg betont auch, dass in diesem schönen und trockenen Sommer auf den Alpen keine Schäden durch Tiere entstanden sind.

### **Beschluss**

Der Antrag von Fridolin Dürst, unterstützt von der SVP-Fraktion und Christoph Zürrer auf Streichung des dritten Antrages der FAK „Vor der Auslösung weiterer Investitionen in die Alpgebäude sei dem Parlament ein Bericht zu unterbreiten, in welchem eine Kosten-Nutzenzusammenstellung über die letzten 5 und die nächsten 5 Jahre enthalten ist. Gleichzeitig sollen Kostensenkungsmassnahmen bei den geplanten Investitionen aufgezeigt werden“ wird dem Antrag von Gabriela Meier „Vor dem Auslösen weiterer Investitionen in die Alppgebäude sei dem Parlament ein Bericht zu unterbreiten, in welchem der Gemeinderat einerseits seine Strategie seit 2011 und auch für die folgenden Jahre bezüglich der Alpen inkl. Alpgebäude aufzeigt und im Weiteren im Detail bekannt gibt, was mit den geplanten Investitionsbeiträgen konkret ausgeführt wird und auf welche konkreten gesetzlichen Grundlagen sich die geplanten Investitionen stützen“ gegenübergestellt.  
Das Parlament stimmt mit 10 : 8 Stimmen dem Antrag von Fridolin Dürst auf Streichung zu (Eventual).  
Der obsiegende Antrag von Fridolin Dürst wird dem Antrag der FAK gegenübergestellt.  
Das Parlament beschliesst mit 13 : 7 Stimmen, gemäss Antrag von Fridolin Dürst, dem dritten Antrag der FAK nicht zu entsprechen.

### **Bericht des Gemeinderates vom 31.08.2015**

Keine Wortmeldungen

### **Schlussabstimmung**

1. Das Parlament beschliesst ohne Gegenstimmen, mit wenigen Enthaltungen, das Budget der Erfolgsrechnung 2016 sowie das Budget der Investitionsrechnung 2016 gemäss gemeinderätlichem Entwurf mit folgenden Änderungen zu genehmigen:
  - Die CHF 60'000 im übrigen Personalaufwand beim Personalwesen (Kostenstelle 10320/Kostenart 309900) für die Leistungsentschädigung von besondere Leistungen sind zu streichen.
  - Für die strukturelle Lohnerhöhung wird 1% der Lohnsumme, oder CHF 275'000 ins Budget eingestellt anstatt CHF 330'000.
2. Den Finanzplan 2017 – 2020 zu genehmigen.
3. Den Steuerfuss auf 63% Gemeindeanteil (Total 116%) festzusetzen.

Somit hat das Parlament das Budget der Erfolgsrechnung 2016, das Budget der Investitionsrechnung 2016, den Finanzplan 2017-2020 und den Steuerfuss der Gemeinde Glarus Nord genehmigt und zu Händen der Gemeindeversammlung vom 27.11.2015 verabschiedet.

## **3. Umfrage**

### **Mitteilungen und Anfragen**

#### Ruedi Menzi, Gemeinderat

Im Bericht der Finanzaufsichtskommission war zu lesen, dass im Bereich Wald und Landwirtschaft im nächsten Jahr sehr hohe Transportkosten anfallen werden. Ruedi Menzi möchte diese Aussage näher erläutern und damit aufzeigen, dass solche Transportkosten auf der anderen Seite auch Einnahmen bedeuten. Von einem Holzschlag von 2'173 m<sup>3</sup> bleiben 1'200 m<sup>3</sup> im Wald liegen, weil es wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, dieses Holz abzutransportieren.

Von der Bewirtschaftung her ist dies durchaus möglich, da es sich um Holz handelt, welches dem Wald nicht schadet. Die restlichen knapp 1'000 m<sup>3</sup> werden vorwiegend mit dem Helikopter abtransportiert. Die Gesamtkosten für diesen Holzschlag betragen CHF 300'600, der Erlös beträgt aber CHF 311'200, was im Endeffekt einen Nettogewinn von CHF 10'600 ergibt. Ein Verzicht auf diesen Holzschlag würde die Gesamtrechnung nicht positiv, sondern negativ beeinflussen.

#### Hans Leuzinger, Gemeinderat

Im Jahr 2011 wurde zwischen der Gemeinde Glarus Nord und der Bachkorporation Bilten eine Vereinbarung getroffen, wonach die Bachkorporation durch die Gemeinde übernommen werden sollte. Seither wurden von der Bachkorporation keine Beiträge mehr eingezogen und auch das Register der Veranlagten wurde nicht mehr weitergeführt. Nur die Gemeinde Glarus Nord hat jährlich CHF 150'000 für den ordentlichen Unterhalt bezahlt. In der Zwischenzeit hat die Landsgemeinde 2014 den Art. 200 Abs. 3 ZGB in einer Weise abgeändert, dass eine Übernahme der Bachkorporation Bilten nicht mehr möglich ist. Neu müssen die Begünstigten von Hochwasserschutzmassnahmen welche die Gemeinde durchführt, ihrem Vorteil entsprechend veranlagt werden. Der Gemeinderat Glarus Nord hat daher in Absprache mit der Bachkorporation Bilten die bestehende Vereinbarung aus dem Jahr 2011 aufgehoben. Es muss eine neue Vereinbarung erstellt werden, damit die Bachkorporation wieder aktiviert werden kann und somit wieder handlungsfähig ist. Es ist geplant, im November 2015 eine Orientierungsversammlung zu diesem Thema in Bilten durchzuführen. Die Gemeinde wird weiterhin die Unterhaltsarbeiten an den Gerinnen gegen Verrechnung ausführen und allenfalls auch auf der administrativen Seite Unterstützung bieten.

Mit Verfügung vom 17. Juli 2015 wurde der GRIP der Gemeinde Glarus Nord durch das Departement Bau und Umwelt genehmigt. Es gibt allerdings ca. 10 Punkte welche nicht genehmigt wurden und zum Teil gestrichen werden müssen. Vom Departement beanstandet und nicht genehmigt wurden die viel zu grossen Bauzonen, hier besteht Handlungsbedarf. Es wird verlangt, dass aufgezeigt werden muss, wie die Bauzonen redimensioniert oder allenfalls etappiert werden können. Nicht genehmigt wurden die Siedlungsbegrenzungslinien im Raum Bahnhof Weesen und im Gebiet Ruine Vorburg Oberurnen, da sich diese Bereiche mit kantonalen Landschaftsschutzgebieten überschneiden. Auch nicht einverstanden war das Departement mit der Festlegung von neuen flächenintensiven Arbeitsplatzgebieten für die industrielle Produktion im Riet (Eternit). Die Einzonung beim Flugplatz Mollis wurde vorerst als Zwischenergebnis genehmigt. Die definitive Genehmigung erfolgt erst nach Abschluss des SIL und der Nutzungsplanung der Gemeinde. Die Strassenprojekte Stichstrasse Näfels-Mollis und Querspanne Netstal müssen im GRIP genauer dargestellt werden. Aufgrund fehlender Gemeindegewalt wurde die Abstimmungsanweisung betr. Ortsdurchfahrt (Strasseninfrastruktur) nicht genehmigt. Betreffend UNESCO-Welterbe sind gewisse Landschaftsschutzausscheidungen erforderlich und die Ruhegebiete für Wildtiere wurden von der Genehmigung ausgenommen. Ebenfalls nicht genehmigt wurde die Festsetzung des Gebietes Gäsi als touristisches Intensivgebiet Sommer, weil dieses gemäss kant. Richtplan im touristischen Extensivgebiet liegt. Ein entsprechendes Gesuch um Änderung des KRIP wurde vom Gemeinderat bereits eingereicht. Die Verbindungsbahn Gäsi-Filzbach wurde als Vororientierung aufgenommen. Das Grundwasserschutzgebiet im Ussbühl Bilten muss in der GRIP-Karte Nutzung ergänzt werden. Ebenfalls als Vororientierung genehmigt wurden die ausgeschiedenen Deponien in Mollis und Bilten, diese müssen im Rahmen der Nutzungsplanung parzellengenau ausgearbeitet werden.

#### Bruno Gallati, Gemeinderat

Anlässlich einer der letzten Parlamentssitzungen wurde Auskunft betr. Parkplätze an der Badstrasse bei der Inglin AG verlangt. Eine definitive Antwort dazu kann im Moment noch nicht erteilt werden. Die Situation ist etwas komplexer und betrifft nicht nur den Bereich Liegenschaften. Es handelt sich auch um eine baurechtliche Angelegenheit, welche geprüft werden muss. Eine Besprechung diesbezüglich wird demnächst stattfinden und Bruno Gallati wird das Parlament anschliessend orientieren.



Daniel Bär, SVP, Oberurnen

An der letzten Parlamentssitzung wurden CHF 300'000 für eine neue Holzsnitzelheizung im Schulhaus Linth-Escher genehmigt. Er stellt sich die Frage ob für diesen Betrag nicht eine Fernwärmeleitung erstellt werden könnte von der Autobahnraststätte bis zum Schulhaus. Es wurde an der damaligen Sitzung argumentiert, dass das Wasser dafür zu wenig heiss sei. Aber offenbar hat die Kehrlichtverbrennungsanlage gemäss einem Zeitungsbericht mehr als genug heisses Wasser zur Verfügung, wenn sogar ein Fernwärmenetz bis nach Näfels und Weesen erstellt werden kann.

Bruno Gallati, Gemeinderat

Diese Frage wurde bereits an der letzten Sitzung behandelt und die Antwort fällt auch jetzt nicht anders aus. Aufgrund der Dringlichkeit gab es aktuell keine andere Möglichkeit als den Ersatz der besagten Holzsnitzelheizung. Nebst der Schnitzelheizung ist im Schulhaus auch eine Ölheizung vorhanden, wobei jetzt nur die Schnitzelheizung 1 : 1 ersetzt wird, was die günstigste und schnellste Lösung ist. Das Linth-Escher-Objekt verfügt jedoch vom Bauland her über Raumreserven und könnte bei Bedarf auch erweitert werden. Sollte dies eines Tages geschehen, muss die Heizungsfrage ohnehin noch einmal angegangen werden. Es besteht dann die Möglichkeit, für die Ölheizung einen besseren Ersatz zu finden und auf das Anliegen von Daniel Bär zurückzukommen.

**Zum Schluss**

Parlamentspräsidentin Margrit Neeracher dankt Allen für das engagierte Mitmachen und wünscht einen schönen Abend.

**Nächste Parlamentssitzung**

Die nächste Parlamentssitzung Glarus Nord findet voraussichtlich am Donnerstag, 19. November 2015, 17.30 Uhr statt.

Schluss der Sitzung: 19.53 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:



Margrit Neeracher

Die Parlamentssekretärin



Doris Fischli